

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 10 38. Jg.

6. März 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Roninger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheideffs-Druckerei, Augustastraße 8-9

Insertion. Für die viergespaltene Nonparenzzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. **Postverlagsort** Schkeuditz. Expedition erbeten.

„Unsere organisatorische und berufliche Zukunft“.

Es geht vorwärts und aufwärts! Diese Gewißheit ist das Charakteristikum freigewerkschaftlicher Arbeit der letzten Monate. Auf welches Gebiet freigewerkschaftlicher Arbeit der Blick auch geworfen werden mag, überall ist der Wille erkennbar, vorwärts zu kommen und aufzubauen. Die kräftezersetzende Zeit der Inflation ist überwunden und von neuem schickt sich die freie Gewerkschaftsbewegung an, den Weg des Aufstieges rüstig zu beschreiten. Die Erkenntnis der Tatsache, daß nur die freien Gewerkschaften die Hüter der wirtschaftlichen Interessen aller für Lohn oder Gehalt Arbeitenden sind, beginnt wieder ihre verbende Kraft auszuströmen und die mit Absicht verbreitete Irrlehre, daß die Stunde der Gewerkschaften geschlagen habe, hört auf ein besichtlicher Faktor zu sein. Aber nicht nur die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß jeder Arbeitende seiner gewerkschaftlichen Organisation als Mitglied anzugehören hat, sondern die Arbeit der Gewerkschaften überhaupt findet wieder mehr und mehr die Beurteilung, die ihr gebührt. Das ist ein gutes Zeichen dafür, daß wieder Realitäten als Realitäten gewogen werden. Und nicht zuletzt daraus entspringt der immer wieder hervorbrechende Wille, die Gewerkschaft so stark und kampfkraftig zu machen, als es die gegebenen Umstände zulassen. Der Wiedererwerb der Unterstützungseinrichtungen in den freien Gewerkschaften neben Bereitstellung einer starken Kampfkasse und genügenden Mitteln zur Schulung und Bildung der freien Gewerkschafter ist das sichtbarste Zeichen neuen freigewerkschaftlichen Aufstieges, das zugleich auch Bekenntnis alten Vertrauens in die Gewerkschaften und ihrer bewährten Leitungen ist.

Darin dürfte das Schwergewicht der vom 8. bis 15. Februar stattgefundenen Versammlungswoche des Verbandes schlechthin liegen. Daß sie eine geradezu erhebende Einmütigkeit der Kollegen zu freigewerkschaftlicher Arbeit bekundet hat. Aber nicht nur das. In allen Versammlungen stand ausdrücklich die Gewerkschaftspolitik des Verbandsvorstandes zur Sprache. War auch den Rednern die Gestaltung ihrer Ausführungen überlassen, Grundzug der Referate war, die Gewerkschaftspolitik des Verbandes in den Kreis der Erörterungen zu stellen. Und die fast allenthalben gut besuchten Versammlungen haben die Haltung des Verbandsvorstandes mit einer Einmütigkeit gebilligt, die Gewährleistung nachdrücklicher Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen ist. Das feststellen zu können, darf jeden Kollegen besonders befriedigen, erwächst doch aus dieser Befriedigung jene Kraft den Beauftragten der Kollegen, die notwendig ist, die schweren Probleme der Zukunft im Interesse der Kollegen zu meistern. Und das Vertrauen, das durch die einmütige Billigung der Haltung des Verbandsvorstandes durch die Kollegen dem Verbandsvorstand zum Ausdruck gebracht worden ist, ist zugleich Ausdruck des Vertrauens des Verbandsvorstandes in die Kollegen. Es kann deshalb mit Recht gesagt werden, daß in unserm Verbandsrat die alte gewerkschaftliche Grundsatz, Vertrauen gegen Vertrauen, Geltung hat und daß so unser Verband unerschütterlich ist. Und so soll und muß es bleiben, denn anders ist unsere organisatorische und berufliche Zukunft nicht zu sichern!

Vertrauen gegen Vertrauen heißt aber nicht stillschweigend geben und stillschweigend nehmen. Was im Verbandsrat wird, soll Resultat geistigen Ringens um Wahrheit und Klarheit sein. Und die gewordene Tat muß Mutterboden neuer Erkenntnisse sein. Darin liegt die Voraussetzung erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit begründet, daß alle Glieder der verbandlichen Gemeinschaft Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geistig zu erfassen versuchen und das Resultat ihrer Geistesarbeit in den Dienst der Sache stellen. Denn das ist der Springquell geistigen Lebens im Verbandsrat, aus dem als These und Antithese die Synthese vorwärts gerich-

teter Gewerkschaftsarbeit ihre Kraft zieht. Daraus geht hervor, daß im Verbandsleben auch die Antithese Kritiken brauchen wird, die in der Agitationswoche auch zu ihrem Rechte gekommen ist. Und solche Kritik, wie sie vom 8. bis 15. Februar geübt worden ist, begrüßt niemand freudiger wie die Verbandsleitung. Denn diese Kritik entbehrt jeder persönlichen Note, sondern war ganz Ausdruck der Sorge, das Wesen der gegenständlichen Welt in ihren intimsten Intimitäten zu ergründen, um das rechte zur rechten Stunde auch tun zu können. So ist es eine Lust, geistig um die Erkenntnis des Wesens der Dinge zu ringen, denn selches Ringen garantiert immer die Achtung der Persönlichkeit und die Einheit der Tat.

Es dürfte kaum einen besseren Beweis für das Vertrauen der Kollegen in die Organisationsführung wie den vorhandenen Einheitswillen zur notwendigen Tat geben, als die fast restlos gegebene Zustimmung zur Erhöhung des Verbandsbeitrages. Denn diese Zustimmung ist keine von jenen, die freimütig gegeben werden, weil sie nichts kosten. Die Zustimmung zur Erhöhung des Verbandsbeitrages um 30 Pfennige die Woche, bedeutet für manche Kollegen ein besichtliches Opfer, weil ihre Löhne glattweg als stark zurückgeblieben bezeichnet werden müssen. Hier muß im Interesse der Kollegen wie im Interesse der Gewerbe Remedur geschaffen werden! Der Unternehmerverband will nach seltenen Angaben rückständige Lohnverhältnisse nicht schützen. Es ist notwendig, ihm Gelegenheit zu geben, zu seinen Worten stehen zu können. Auf Grund der Kundmachungen der Kollegen, daß eine Stärkung der Verbandsfinanzen durch erhöhte Beiträge notwendig ist, wird der Verbandsvorstand ab 29. März einen Wochen-Verbandsbeitrag in Höhe von 1,50 Mk. erheben und seinen Beschluß rechtzeitig publizieren. Da die Meinung der Kollegen darüber geteilt ist, wie die Mehreinnahme Verwendung finden soll — ein Teil der Kollegen wünscht nur Stärkung der Gewerkschaftskasse, während der andere Teil zugleich auch eine Revidierung aller Unterstützungssätze wünscht — hat der Verbandsvorstand eine Lösung gefunden, die eine Stärkung der Kampfkraft des Verbandes bringt ohne die Wünsche der erhöhten Unterstützungssätzen unberücksichtigt zu lassen. Bei der eingehenden Beratung, die der Verbandsvorstand vor der Beschlußfassung dieser wichtigen Frage gepflogen hat, ist mit Sicherheit zu hoffen, daß der Verbandsvorstand auch hier das im Interesse der Sache Richtige getroffen hat, das Geltung haben kann, bis der im August tagende Verbandsrat Neues an seine Stelle setzt.

Da die Meinung auftauchen könnte, daß durch die Billigung der Arbeit der Verbandsleitung durch die Kollegen die Berufung eines Verbandsrates im Sommer dieses Jahres nicht vonnöten sei, seien einige Bemerkungen dazu schon im Vorhinein gemacht. Dürfte der in Köln tagende Verbandsrat sich in der Hauptsache auch nur mit rein geschäftsmäßigen Fragen beschäftigen, so bleibt ihm doch vorbehalten, die Linie der allgemeinen Verbandspolitik der nächsten Zeit abzustecken. Darüber hinaus müssen wichtige Satzungsbestimmungen neu formuliert werden. Als Beispiel sei nur auf die Unterstützungseinrichtungen verwiesen. Aber auch über die Bellefierung der Kollegen bezüglich des Verbandsorgans und der „Graphischen Technik“ muß gesprochen werden. Wenn der Verbandsvorstand in voller Übereinstimmung mit der Schriftleitung die vielfach geäußerten Kollegenwünsche auf Wiedereinführung des Obligatoriums der „Graphischen Presse“ bei seiner letzten Entscheidung nicht erfüllte und die Entscheidung darüber dem Verbandsrat vorbehielt, so ist das nur zu billigen. Die Gründe, die zu einer Entscheidung auf dem Verbandsrat zwingen, sind schon kürzlich dargelegt worden. Und aus dieser Darlegung ging hervor, daß der Verbandsrat selbst zur Beantragung des Obligatoriums des Verbandsorgans kommen wird. Da-

mit ist aber noch keine Entscheidung über die „Graphische Technik“ getroffen, die ganz besonders wichtig ist. Um die Meinungen der Kollegen darüber zu klären, wie unser fachtechnisches Bildungsorgan in Zukunft gestaltet werden muß, wird zu dieser Frage nach Berufung des Verbandstages eingehend Stellung genommen werden, um das Für und Wider zu einem guten Beschlusse zu führen. Bis mindestens 1. Oktober 1925 gilt deshalb noch das Abonnement des Verbandsorgans und jeder Kollege sollte bis dahin ein Abonnement aufgeben.

Es ließe sich über den Ausklang der Versammlungswoche noch manches sagen, doch dürfte es sein Bewenden haben können, da dieses aus den nachfolgenden Berichten zu entnehmen ist. Dem fast überall geäußerten Wunsch, zu geeigneter Zeit in gleicher Weise die Verbandsarbeit zur Aussprache zu stellen, wird der Verbandsrat ebenfalls beachten müssen. Denn darin liegt das Bekenntnis der Kollegen, am Verbandsleben teilzunehmen und notwendiges auch zu tun, was die Versammlungswoche zu ihrem vollen Erfolge führte. Das Resultat der Versammlungswoche ist: Die Kollegenschaft steht in vollem Vertrauen zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

In diesem Zeichen müssen wir siegen!

In Form einer Rundreise durch Deutschland, von Berlin ausgehend, seien die eingesandten Berichte der Referenten geordnet, die einen interessanten Einblick in das Leben unseres Verbandes geben und deshalb allen Kollegen zum Studium empfohlen sind:
Berlin, Lübeck, Hamburg, Bremen, Herford, Bielefeld.

Das vom Verbandsvorstand vorgeschriebene Thema behandelte der Referent, Kollege Reiß (Köln), in etwa zweiwöchigen Ausführungen. Durchweg waren die Versammlungen sehr gut besucht, teilweise konnte von den Versammlungsleitern mit besonderer Genugtuung konstatiert werden, daß seit Jahren solch ein Massenbesuch nicht mehr zu verzeichnen war. Aus den Diskussionen ist rühmlich hervorzuheben die Sachlichkeit des sogenannten oppositionellen Teiles der Berliner Mitgliedschaft. Begrüßt würde die Maßnahme der Verbandsleitung, nach so langen Jahren tollster Begebenheiten durch einen, den Mitgliedschaften meist unbekanntem Referenten in seiner noch unbekanntem Ausdrucksform den Kollegen die Meinung über die vor uns liegenden Aufgaben vorzutragen zu lassen. Nur sehr schüchtern kam man in der Diskussion auf die Vergangenheit mit etwaigen Fehlern zu sprechen, da allgemein die Auffassung vertreten wurde, daß diese Dinge vor dem Forum des Verbandstages ausgetragen werden müssen und in den Mitgliedschaften der Blick auf die Gegenwart und die Zukunft zu richten ist. Anerkannt wurde, daß die Bestrebungen der Zentrale sowohl gewerkschaftlich, wie beruflich von der Kollegenschaft besser erfaßt werden müssen und ein innigeres Zusammenarbeiten erfordern. Die Schwierigkeiten, denen wir ausgesetzt sind, verlangen kategorisch das Herausreten aus der bisherigen Einseitigkeit des Versammlungslebens, sie gebietet ein Mitarbeiten, ein Mitfühlen bis in den kleinsten Betrieb. Zur Beitragsfrage behielt sich die Mitgliedschaft Berlin die Stellungnahme vor, da ihr die vorgeschlagene Erhöhung ungenügend erscheint. In allen anderen Mitgliedschaften war man der einmütigen Ansicht, daß dem Verbandsvorstand Vollmacht gegeben werden soll, ausnahmsweise ohne Urabstimmung, die notwendige Erhöhung vorzunehmen um den Kampf Fonds zu stärken. Die Versammlungen zeigten durchgängig, daß der alte, bewährte Geist der Organisation pulsiert. Nicht allein für die Mitgliedschaften war es vorteilhaft, einmal ein „anderes Gesicht“ kennen zu lernen, auch für die Referenten wurde durch den Einblick in bisher unbekannte Bezirke die Schaffensfreude wieder gestärkt.

Rheinland.

Die Versammlungen in Dortmund, Essen, Düsseldorf, Krefeld, Rheylt und Aachen, in denen Kollege Leinen (Berlin) referierte, waren alle, gemessen am Mitgliederbestand, stark besucht. Auch aus Kempen, Stolberg, Mühlort, M.-Gladbach, Viersen u. a. waren Kollegen erschienen. Einheitsig waren die Meinungen über die Zweckmäßigkeit unserer Werbeweche, und vielfach kam zum Ausdruck, daß öfters in solchen allgemeinen Aktionen unter Austausch der Redner die Interessiertheit der Kollegen wachgehalten werden sollte. Die Debatten über das Referat zeichneten sich meist dadurch aus, daß nicht wenige erprobte Redner mit langen, sondern viele Redner mit kürzeren Reden auftraten und dadurch die geistige Regsamkeit vielseitig gestalteten. Überall gingen die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten gespannt mit. Ganz besonders oft wurde freudig anerkannt, daß das Referat sich rein mit den unge lösten oder erst halb gelösten wirtschaftlichen Problemen und mit unseren beruflichen Zukunftsfragen beschäftigte und politische Gegensätze der Arbeiter untereinander unberührt ließ. Das Lob darüber war fast allgemein; ein Beweis, wie sehr die politischen Kammegleihen abgewirtschaftet haben und die Köpfe wie die Herzen sich nach dem sehen, was uns eint und uns zusammenfaßt. Eines Sinnes war man, die Einrichtungen und Verbesserungen ökonomischer und beruflicher Bildungsstätten zu unterstützen und zu fördern.

Über die Notwendigkeit einer erträglichen Beitragserhöhung gab es keine Meinungsverschiedenheiten, viele sprachen dafür, niemand dagegen. Geteilt waren die Ansichten nur, soweit die Wiederherstellung der Unterstützungen nach Friedenssätzen in Frage kam. Die Düsseldorf und Krefelder Kollegen stimmten alle den Rednern zu, welche die Mehreinnahmen nur zu Kampfszwecken und Verbesserung der eig mit dem Lohnkampf verbundenen Unterstützungen verwendet wissen wollten. In anderen Versammlungen aber sprach man für Erhöhung aller Unterstützungen. Geheime Verabredungen der Unternehmer, neu in ihre Betriebe eintretenden Gehilfen nur den gleichen Lohn wie in der letzten Stelle zu zahlen, wurden scharf verworfen und ein Vorgehen gegen diese Erpressungen zur Unterdrückung der freien Lohnvereinbarung verlangt.

Alle Versammlungen prägten scharf die Überzeugung aus, der Gewerkschaftsorganisation Treue und Anhänglichkeit zu erweisen und Mismachereien nicht aufkommen zu lassen. Die Werbeweche war ein untrügbares Gelöbnis des Kampfeswillens unserer Kollegen.

Es war ohne allen Zweifel ein verdienstvoller Gedanke, eine Versammlungswoche zu veranstalten, weil dadurch eine gleichmäßige, geistige Front hergestellt und die Stimmung der Kollegenschaft im ganzen Reich an das Ohr des Vorstandes gebracht werden konnte. Diese Erkenntnis brachte bereits die erste Versammlung in Iserlohn und wurde noch verstärkt in den darauffolgenden Versammlungen der Mitgliedschaften in Barmen-Elberfeld, in Solingen, in Köln, in Düren und in Bonn a. Rh., in denen Kollege Landa (Berlin), referierte. Überall kann ein glänzender Erfolg für die Organisation festgestellt werden.

Die Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht, wenn auch an einzelnen Orten zu bemerken war, daß nicht genügend Propaganda entfaltet worden ist. Aber überall verspürte man einen guten gewerkschaftlichen Geist, verbunden mit der Erkenntnis, daß nur der Zusammenhalt in der Organisation dem einzelnen die Gewähr und die Sicherheit für seine Existenz gibt. Im hohen Maße kam dies in Solingen dadurch zum Ausdruck, daß von 45 Kollegen am Ort auch 45 Versammlungsbesucher anwesend waren.

Die Diskussionen in den einzelnen Versammlungen waren rege und ausnahmslos von einer strengen Sachlichkeit getragen. Nur vereinzelt wurden die Sünden in der Arbeiterbewegung der verflochtenen Jahre hervorgekehrt; in jedem Falle mußte dann aber auch zugestimmt werden, daß von äußerst links bis äußerst rechts Fehler begangen wurden, die aber ihre Ursache in der Einstellung des Proletariats hatten. Fast allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß man auf Grund der vom Referenten gegebenen objektiven, wirtschaftlichen Darstellung, nunmehr die Welt mit ganz anderen Augen ansehe und auch die Verbandspolitik in einem ganz anderen Lichte erscheine als bisher, weil manche Differenz sich jetzt herausstellt als ein nunmehr beseitigtes Mißverständnis, da durch das Referat ein klares Bild über die Möglichkeiten in der Wirtschaft und in der Gewerkschaft gegeben worden ist. Sehr eingehend diskutierten die Kollegen über die Entwicklung der Gewerkschaften im allgemeinen und über alle Fragen des inneren Verbands- und Berufslebens. Der Tarifpolitik wurde im Prinzip zugestimmt und in allen Orten wurde erklärt, daß bei den gegebenen Verhältnissen der Leistungslohn schon deswegen aufrecht erhalten bleiben muß, weil

nur dadurch die Qualifikation unserer Arbeit auch ihre materielle Anerkennung finden kann. Einmütig wurde verlangt, daß der Achtstundentag tariflich wieder hergestellt wird, selbst wenn von der Kollegenschaft große Opfer gebracht werden müßten, um dieses Ziel zu erreichen.

Zum Thema der technischen Entwicklung in unseren Berufen haben die Kollegen erklärt, daß die berufliche Fortbildung und gänzliche Umstellung eine Frage von brennender Notwendigkeit nicht nur für die Kollegenschaft, sondern für unsere Berufe überhaupt darstellt. Die ausgestellten amerikanischen Druckbogen erwiesen sich hierzu als vortreffliches Anschauungsmaterial und die Kollegen zogen hieraus die Konsequenz, die sie zum Ausdruck brachten in den Worten: „Verbesserung der Produktionsmittel, aber niemals Erhöhung der Arbeitszeit und Herabsetzung des Lohnes“.

In den meisten Orten sind bereits „Technische Vereinigungen“ gegründet worden und in den übrigen wird dieses jetzt nachgeholt werden. „Offset-, Buch- und Werbekunst“ hat überall Eingang gefunden und besonders Barmen-Elberfeld hat unter seinen 38 Kollegen im Offset bereits 30 Abonnenten aufzuweisen. Ein nachahmenswertes Beispiel für viele Mitgliedschaften.

Initiativ wurde in allen Versammlungen die unbedingte Notwendigkeit einer Beitragserhöhung anerkannt und dabei verlangt, daß eine solche Erhöhung dem Kampffonds zugeführt werden soll. Nur in Bonn wurde gewünscht, daß damit eine Erhöhung der Unterstützungen verbunden sein müßte. In Anbetracht der Dringlichkeit wird auf eine Urabstimmung verzichtet und nur Solingen verlangte den statutarisch vorgeschriebenen Weg. Fünf einstimmig zur Annahme gekommene Entschlüsse verlangen Beitragserhöhung ohne Urabstimmung. In Verbindung damit kam überall der Wunsch zum Ausdruck, daß die „Graphische Presse“ als Obligatorium eingeführt werden soll. In allen Orten sehen die Kollegen mit großem Interesse dem Verbandstag in Köln entgegen und erwarten, daß dort die Waffen geschmiedet werden, mit deren Hilfe die Organisation in der Lage ist, das Interesse der Kollegenschaft in der Wirtschaft vertreten zu können.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Veranstaltungen in der Versammlungswoche von der Kollegenschaft mit Begeisterung aufgenommen worden sind. Der beste Beweis dafür liegt in der Tatsache, daß jeder Diskussionsredner nicht nur seine Befriedigung über dieselbe zum Ausdruck brachte, sondern unter dem lautesten Beifall der ganzen Versammlung verlangte, daß diese Probe aufs Exempel zur dauernden Einrichtung des Verbandes gemacht werden sollte. Durch solche Referate erhalten die Kollegen im Reich nicht nur allein Kenntnis von all den verzweigten Zusammenhängen in der Wirtschaft und in der Gewerkschaft, sondern es wird dadurch auch in der Kollegenschaft jener Geist der Lebendigkeit und der Zuversicht wach gehalten, der zu den unerläßlichen Requisiten in der Arbeiterbewegung zählt. Im ganzen Rheinland gab es nur eine Stimme: *Sobald als möglich wieder eine Versammlungswoche.*

Aschaffenburg, Hanau, Offenbach, Frankfurt am Main, Mainz, Trier, Koblenz.

Der Besuch der Versammlung bewegte sich zwischen 50 und 60 Prozent der Mitgliedschaften und wenn er auch nicht gerade schlecht zu nennen ist, so soll doch bei der Gelegenheit auch den Schwänzern, den Besserwissern und Saumseligen gesagt sein, daß sie sich selbst und der Gesamtkollegenschaft durch das Fernbleiben wohl den schlechtesten Dienst erwiesen haben. Angenehm berührt war ich von der guten Haltung der Kollegen bezüglich einigen örtlichen Differenzen, welche immer noch im politischen Gebiet wurzeln. Überall offensichtliche Spannung, was der Referent, den ja die meisten nur den Namen nach kannten, für ein Kunde sei. Allgemeines Interesse für die vorgetragenen Probleme und ungeteilte Aufmerksamkeit. In allen Versammlungen fand die vom Referenten zu den einzelnen Punkten vorgetragene Haltung bzw. Stellungnahme der Verbandsleitung Zustimmung, wenn auch da und dort noch manches Inflations-Sträflichkeit aufblühte! Einmütig herrschte darüber, daß die Existenz- und Lebensfrage der Arbeiterklasse nur durch festgefugte, finanziell wie disziplinar gut ausgestaute Gewerkschaften gelöst werden kann und daß die Mitwirkung jedes einzelnen hierzu erforderlich sei. Als unumgänglich notwendig wurde die Stärkung der Kampfmittel anerkannt, jedoch dürfe auch die entsprechende Anpassung der Unterstützungen nicht außer acht bleiben. Das regste Interesse fand allseits die Erläuterung der technischen Entwicklung unserer Berufsgruppen. Die hierzu geäußerten Wünsche sind: die kleinen und mittleren Druckorte sollten mehr wie bisher mit Anschauungsmaterial und Vorträgen auf dem Laufenden gehalten werden, sei es durch die Gauleitung oder die Technische Zentrale, da an kleinen Orten sonst fast keinerlei Möglichkeit zur Wei-

terbildung besteht. Verschiedentlich wurde das Obligatorium der „Graphischen Presse“ angeregt, also die unentgeltliche Lieferung für jedes Mitglied verlangt. Durch die Kostenberechnung und die Schilderung der Unwirtschaftlichkeit des Obligatoriums ließen sich jedoch die Kollegen überzeugen, daß vorläufig von der freien Lieferung Abstand zu nehmen ist und der Verbandstag hierzu das letzte Wort haben soll. Zustimmung fand ferner die Leipziger Entschlüsselung zur Beitrags- und Unterstützungsregelung; es wurde bei dieser Frage auch verschiedentlich die Erhebung einer Extrasteuer angeregt, da bei den kommenden Tarifverhandlungen der Kampf um den reinen Achtstundentag zu erwarten ist und die Verwässerungsklauseln im Überstundenparagrafen beseitigt werden müssen, oder aber es tritt überhaupt eine tariflose Zeit ein und auf alle Fälle das Rüstzeug des Verbandes den Verhältnissen angepaßt werden muß. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Versammlungen, gemessen an der Teilnahme, Aufmerksamkeit und Befriedigung der Kollegen, ihren Zweck erfüllt haben, es kam Leben und Bewegung in die Reihen der Kollegen und das war schließlich der Zweck der Übung, denn das die Wogen sich senken und heben, das ist des Meeres Leben. W. Schatt, Nürnberg.

Unsere Versammlungswoche, soweit Baden, ein Teil von Württemberg und auch ein Zipfel in Bayern in Frage kommt, kann als ein voller Erfolg bezeichnet werden. Der Besuch der Versammlungen war ausnahmslos gut. Die wenigen vorhandenen Nichtorganisierten waren durch den Referenten, Kollegen Hentschel (Leipzig), vorher brieflich eingeladen worden und erschienen. In kollegialer Aussprache nach der Versammlung wurden die Gründe des Absichtens untersucht und alles störende beseitigt. An die Nichtabonnenten der „Graphischen Presse“ wurde ein besonderes Schreiben verteilt. Über die Verbandspolitik der letzten Jahre wurde streng sachlich gesprochen und nur das Unterschreiben des Tarifes im Lithographie- und Steindruckgewerbe gegen den Willen der Kollegen im Jahre 1923 gerügt. Den Kampf um die Arbeitszeit im vergangenen Jahre hätten einige Zahlstellen energischer geführt gewünscht und in Verbindung mit dieser Sache wurde als selbstverständlich angenommen, daß die Kündigung des Steindrucktarifes in diesem Jahre erfolgt, um gegenüber den fortgesetzten Abbaueversuchen an unseren Arbeitsbedingungen die nötige Ellenbogenfreiheit zu haben. Grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Abschluß von Tarifen als Mittel zum Zweck, war nirgends anzutreffen. Der Beitragsfrage wurde im Sinne der Leipziger Entschlüsselung, die besagt, daß neben einem zeitgemäßen Ausbau der Unterstützungen der Hauptteil der Mehreinnahmen für gewerkschaftliche Kampfszwecke Verwendung finden soll, überall und zwar meistens einstimmig zugestimmt. Ebenso einmütig war das Verlangen auf Wiedereinführung des Obligatoriums der „Graphischen Presse“.

In der Lohnfrage fiel nur Lahr aus den Rahmen des im Gewerbe üblichen heraus. Die Selbsthaftigkeit der dortigen Kollegen, verbunden mit anderen Umständen, benützte die dortigen Unternehmer, um in Lohndruck zu machen. Die Besserung auf dem Gebiete des Wohnungswesens und einige andere Dinge werden aber den dortigen Konjunkturpolitikern zeigen, daß diese Übung nur kurzlebige Erfolge bringt.

In Offenburg, wo auf Emaille und Glas gedruckt und geätzt wird, bestehen Konzessionen in der Arbeitszeitfrage, die unter gütiger Mitwirkung des Landesschlichters zustande gekommen sind. Die dortigen Kollegen sind recht rührig und wurden nur eingeeengt während der Besetzung. Es steht zu erwarten, daß Abhilfe geschafft wird. In Waldkirch bestehen Ansätze zur Prämienarbeit. Die dortigen Unternehmer schalten in dieser Beziehung nach eigenem Gutdünken und wollen selbstherrlich entscheiden über Art und Höhe dieser schädlichen Sonderzulage. Da der größte Teil der dort beschäftigten Kollegen über den Ort verfügen können, wo sie arbeiten wollen, wird auch dieser Rest von Betriebsautokratie recht bald seinem verdienten Ende entgegengehen. In Ulm spielt man hinsichtlich der Besetzung der Offsetmaschinen mit dem Feuer. Man läßt Inseratlos in den Fachblättern, bietet aber nur einen Lohnsatz, für den so anders kein Flachdrucker arbeitet und der so konstruierte Mangel an Arbeitskräften soll dann die Berechtigung darstellen, innerhalb zehn Tagen einen Überläufer einstellen zu können. Natürlich gleich an die Maschine. Die dortigen Kollegen werden dafür sorgen, daß diese sauberen Pläne nicht gelingen.

Die Behandlung der Technik hat einen durchschlagenden Erfolg zu buchen. Karlsruhe, Offenburg, Lahr, Waldkirch und Ulm hatten eine kleine Ausstellung vom Referenten zugeschickt bekommen, in der die technische Entwicklung unserer Produktionsmethoden veranschaulicht war. Sondervorträge außerhalb der vorgeschriebenen Tour, über Technik, wurden auf besonderes Ver-

langen der dortigen Kollegen noch in Kempten und in St. Gallen gehalten. Der vorgetragenen Ansicht, daß der Kampf um die geistige Beherrschung des Werkzeuges zu den vornehmsten Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften gehört, wurde überall zugestimmt. Eine Meinung gab es nur darüber, daß derartige Werbewochen, in denen auch ausführlich über Technik gesprochen werden soll, wiederholt werden müssen. Von Karlsruhe kam die Anregung, es möge bei dem Verbandstag versucht werden, mit der traditionellen sechstägigen Verhandlungswoche zu brechen und zwei Tage einzusparen, um so Gelegenheit zu haben, befähigte Kollegen auf der Rückreise in den Mitgliedschaften sprechen zu lassen. Von der Technischen Zentrale erwartet man periodische Rundsendungen. Die Verpflichtung, für Anschauungsmaterial zu sorgen und die Technische Zentrale mindestens einmal im Monat zu beliefern, wurde anerkannt.

In dem Offsetstreit mit den Buchdruckern wurde unbedingte Festigkeit verlangt. Von dem Unternehmer soll in jedem Geschäft verlangt werden, daß für jede vorhandene Offsetmaschine eine Reservekraft angelernt werden soll. Das Recht auf technische Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Geschäfte soll zukünftig energisch propagiert werden. Versuche mit Laupener Mitteln in unser Tätigkeits- und Organisationsgebiet einzudringen, wird nach den Ausführungen in allen Zahlstellen mit dem schärfsten Gegenstoß beantwortet werden.

Zusammengenommen kann also gesagt werden, daß unsere Reihen in diesem Teile unseres Organisationsgebietes gut intakt sind. Das zu wissen, angesichts der bevorstehenden Tarifkämpfe, ist von großem Wert. Pflegen wir weiterhin jenen Geist und jenen Willen, der unsere Kollegen beseelt, setzen wir ihn in der Richtung nach jenen Aufgaben die wir lösen müssen, dann wird es auch in Zukunft um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit um Kultur und Fortschritt innerhalb unserer Organisation nicht schlecht bestellt sein.

Darmstadt, Heidelberg, Mannheim, Heilbronn, Stuttgart, Eßlingen, Tübingen.

Soll Wert oder Unwert der Versammlungswoche an der Zahl der Versammlungsbesucher gemessen werden, so müßte erklärt werden, daß solche Versammlungen in den kleinen Mitgliedschaften von mehr Bedeutung sind als in den großen, denn in den ersteren war der Besuch gut, während er z. B. in Stuttgart nicht nur alles zu wünschen übrig ließ, sondern beschämend gering war. Die Tatsache, daß in den größeren Städten Vorträge öfters zu hören sind, kann hier nur im geringsten Maße als Entschuldigung gelten, sondern es muß der größte Indifferentismus gegenüber den inneren Verbandsangelegenheiten konstatiert werden. Daß diese Kollegen bei solchem Verhalten niemand stärker als sich selbst schaden, kommt ihnen anscheinend nicht in den Sinn, und daß sie damit ihren Verwaltungen die Lust zur Arbeit nicht erhöhen, wird ihnen gleichgültig sein.

Um so erfreulicher war es, wie in den übrigen Mitgliedschaften die Kollegen die Versammlungen besuchten, wenn auch hier noch manches zu wünschen übrig blieb.

Bei dem Stärkeverhältnis unserer Organisation zu den Berufsangehörigen, konnte von vornherein die agitatorische Wirkung auf Außen-seiter ausgeschaltet werden und das größte Gewicht auf die inneren Verbandsverhältnisse und die technische Entwicklung im Berufe gelegt werden. Und es kann unumwunden gesagt werden, daß der technische Teil das stärkste Interesse erweckt hat, während sonst noch die Beitragsfrage und die Lieferung der „Graphischen Presse“ zu lebhafteren Diskussionen führten. Fünf Versammlungen stimmten der Erhöhung der Beiträge nach der Anregung der „Graphischen Presse“ unter der Voraussetzung zu, daß die Presse in Zukunft wieder obligatorisch geliefert werde. In einer anderen wurde der Erhöhung zugestimmt, wenn die 30 Pfennige restlos für gewerkschaftliche Zwecke verwendet werden, während in einer die Beschlußfassung für die Generalversammlung ausgesetzt wurde. Für die Lieferung der Presse durch den Verband sprechen die wichtigsten Gründe. In einer Reihe von Fällen wurde geklagt über die mangelhafte Zustellung durch die Post. Nur wo die Zahlstelle ein Obligatorium eingeführt hat, klappt die Geschichte. Viel liegt natürlich auch an der Saumseligkeit der Kollegen, die sich an eine Bestellung nicht gewöhnen können und in den meisten Fällen wird irrtümlicherweise ein Abonnement durch die Mitglieder als annormal empfunden. Als aber den Kollegen die Wirkung der Inflation auf unsere Kassenverhältnisse aufgezeigt wurden, die entweder das Nichterscheinen oder das Abonnement der Presse bedingten, begriffen sie, weshalb der jetzige Zustand ist, sie wollten aber in der Regel diese Ursache heute nicht mehr gelten lassen. Häufig wurde betont, lieber soll der Beitrag noch höher gestellt werden, aber die Presse muß wieder geliefert werden. Und der Mangel in den verschiedenen Mitglieds-

schaften läßt diese Wünsche begreiflich erscheinen. So ist z. B. von einer solchen mit zirka 50 Mitglieder seit Jahresfrist ein einziges Exemplar bezogen worden. Die Kollegen wissen also über die Vorgänge innerhalb der Organisation so gut wie keinen Bescheid. Solche und andere Tatsachen lassen die Einführung des Obligatoriums der Presse als dringend notwendig erscheinen und die Möglichkeit dazu ist auch wieder vorhanden. Die Gründe, die der Verbandsvorstand bisher dagegen ins Feld führte sind zwar wesentlich, aber wesentlicher ist die Unterrichtung der Kollegenschaft.

Sehr lebhaft war das Interesse für die technische Entwicklung im Gewerbe und allgemein war der Wunsch, darüber öfters etwas zu hören. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, denn noch vor wenigen Jahren war davon sehr wenig zu merken. Besonders die neueren Verfahren, Monogutta, Homogendruck und der Filmdruck wurden lebhaft besprochen und allgemein war das Gefühl vorhanden, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen und noch manche Überraschung kommen wird. Allgemein wurde erkannt, daß nicht nur der Maschinenmeister, der an die Offsetmaschine geht, manches zu lernen hat, sondern daß alle Berufsparten sich um die Neuerung auf das eingehendste kümmern müssen, und die Schaffung von technischen Vereinigungen wurde als dringendes Gebot bezeichnet.

Die Tatsache, daß der Verband in diesem Jahre mit aller Entschiedenheit darauf eingestellt ist, die Schlappe, welche die Steindruckerei bei den vorjährigen Tarifverhandlungen durch die Anordnung der ersten Überstunde sich geholt haben, wieder wett zu machen, fand die freudigste Aufnahme. Hier gelte es einmal das Gewicht des Gesamtverbandes in die Waagschale zu werfen und den Unternehmern zu zeigen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Und nicht zuletzt wurde die Beitragsfrage aus dem Gesichtswinkel betrachtet, uns gewerkschaftlich zu stärken, um, wenn notwendig, auch Ernst machen zu können.

Die durch den letzten Tarifabschluß inaugurierte Lohnpolitik wurde im allgemeinen als richtig anerkannt, nur wurden einzelne Befürchtungen laut, über die Wirkung einer Wirtschaftskrise auf den Lohn. Doch wurde hier erkannt, daß der hohe Prozentsatz der Organisierten in unserem Beruf und unsere Unterstützungseinrichtungen wichtige Faktoren sind um diesen Gefahren vorzubeugen. Unterstrichen wurde noch, daß unser Auskunfts-system strenger gehandhabt, und daß Verstöße dagegen mit allen statutarischen Mitteln geahndet werden müßten, wenn es nicht an Wert verlieren, sondern gewinnen soll. Schon im Interesse unserer Entlohnung in Krisenzeiten liege es, auch die Unterstützungssätze einer Revision zu unterziehen, die mit der Beitragserhöhung vorgenommen werden müsse.

Die Wünsche der Kollegenschaft waren vielschichtig und sie stimmten nicht immer miteinander überein. Sie hatten aber gemeinsam, die Organisation zu stärken, die Mitglieder weit stärker als bisher in ihren Bann zu ziehen um so die Schlagkraft zu erhöhen.

Die Notwendigkeit solcher Veranstaltungen ist durch diese Versammlungen aufgezeigt und mir erscheint es angebracht, das, zwar nicht genau so, zu wiederholen, sondern solche Versammlungen im einzelnen durch den Verbandsvorstand und die Gauvorstände in größerem Ausmaß zu fördern. *Ch. Ferkel, Leipzig.*

In *Geißlingen* sprach Kollege *Gühring* (Stuttgart). Es waren auch einige Unorganisierte anwesend, die nach den Darlegungen des Referenten einsahen, daß sie die Mitgliedschaft des Verbandes wieder erwerben müßten. Da es sich um alte Kollegen handelt, die schon viele Jahre Mitglieder des Verbandes gewesen sind, spielte in der Aussprache eine wesentliche Rolle, ob diese Kollegen, die sich bereit erklärten, einen Teil der Beiträge nachzahlen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden könnten.

Versammlungen in Bayern.

Wenn überall in Deutschland eine solche Beteiligung an den Versammlungen gewesen ist, wie in den Großstädten Bayerns, dann müßte der Zweck des Unternehmens als gescheitert angesehen werden. Wie ja bei fast allen Gelegenheiten, waren die Kollegen in den Klein- und Mittelstädten zum großen Teil, in einigen Fällen sogar fast vollständig anwesend.

Die Interesselosigkeit hingegen in den Großstädten war einfach unverstänlich. Wenn Nürnberg und München mit 103 bzw. 70 Mitglieder antreten, dann ist das nicht nur für den Referenten, sondern auch für jeden der Anwesenden deprimierend. In München hatte es fast den Anschein, als ob der Karneval auch für unsere Kollegen so wichtig ist, daß diesershalb die wichtigsten Berufsfragen in den Hintergrund treten. Hinzu kommt noch, daß meiner Auffassung nach, seitens der Zahlstellenleitungen nicht die genügende Propaganda gemacht worden ist. Es zeigt sich hier, daß bei besonderen Anlässen,

die schematische Einladung durch eine einfache Notiz im Wochenboten den Zweck nicht erfüllt. Der regelmäßig erscheinende Wochenbote ist etwas alltägliches geworden, der nicht die genügende Beachtung findet. Eine besondere Propaganda wäre schon am Platze gewesen und hätte auch zweifellos besseren Besuch verbürgt. Daß es an richtiger Aufklärung gefehlt hat, geht auch schon daraus hervor, daß die Kollegen vielfach der Auffassung waren, es handle sich in der Hauptsache um Agitationsversammlungen zur Gewinnung neuer Mitglieder, während, wenn man die technischen Fragen in den Vordergrund gerückt hätte, die Kollegen doch ohne Zweifel ein regeres Interesse gezeigt hätten.

Trotz des schlechten Besuchs in den Großstädten konnte die Beobachtung gemacht werden, daß die behandelten Fragen die Aufmerksamkeit der Kollegen wach hielten. Besonders die Ausführungen über die bevorstehenden technischen Änderungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Die Unterrichtung der Kollegen über all die technischen Neuerungen, die demnächst in Anwendung kommen werden, ist eine Frage, für die erst eine Lösung gefunden werden muß. Nicht alle Zahlstellen sind so glücklich daran, wie die Nürnberger, die über eine vorbildlich eingerichtete Fachschule mit Offseteinrichtung verfügen und die ich, durch das Entgegenkommen des leitenden Direktors und der für unsere Berufe angestellten Lehrkräfte, zu besichtigen Gelegenheit hatte. Hier sind alle Einrichtungen vorhanden, die eine Unterweisung in allen technischen Neuerungen ermöglichen. Hoffentlich sind die Nürnberger Kollegen in der Benutzung dieser Einrichtungen nicht so saumselig wie in dem Besuch der Versammlung.

Die Änderung unserer innerorganisatorischen Einrichtungen fanden bei dem Gros der Versammlungsbesucher Verständnis. Allgemein, mit nur wenigen Ausnahmen war man der Auffassung, daß es Pflicht der Organisationsleitung sein muß, eine weitausschauende Politik zu treiben und rechtzeitig die inneren Einrichtungen den an sie heranretrenden Notwendigkeiten anzupassen. *L. Ulrich.*

Nordhausen. Versammlung von allen Kollegen besucht. Referat gut aufgenommen, Diskussion rege, insbesondere über technische Entwicklung und tariflicher Arbeitsregelung. Kollegen treten für tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse ein, Lohnregelung nach freier Vereinbarung. Es wird lebhaft begrüßt, daß der Verband Wanderausstellungen veranstalten will. In der Beitragsfrage schloß sich die Versammlung einstimmig der Leipziger Resolution an.

Halle. Anwesend 43 Kollegen, Referat sehr beifällig aufgenommen. Diskussion wurde durch die gerade bekannt gewordene falsche Notiz in den Tageszeitungen über Kreditgewährung durch die Gewerkschaftsbank an Barmst-Konzern insofern ungünstig beeinflusst, als diese dadurch sich geraume Zeit nur um die Beitragsfrage, und diese durchweg in schroff ablehnenden Sinne bewegte. Doch war die Diskussion im allgemeinen auch hier durchaus sachlich. Einen Kollegen, der es sich doch nicht verkneifen konnte, mit den uns satzsaft bekannten kommunistischen Phrasen die Gewerkschaften und insbesondere natürlich deren Bonzen für alles mögliche und unmögliche verantwortlich zu machen, konnte ich unter Beifall der Versammlung ganz gehörig abfallen lassen. Nunmehr schlug auch die Stimmung um und wurde der Leipziger Resolution gegen eine Stimme zugestimmt.

Jetzt setzte auch eine absolut sachliche und rege Diskussion über alle im Referat berührten Fragen ein und herrschte darüber volle Übereinstimmung, daß die aufgeführten Probleme durchführbar wären und auch durchgeführt werden müßten, doch wären in der Arbeiterbewegung nicht immer die richtigen Führer, insbesondere nicht immer unbedingt vertrauenswürdige vorhanden. Führer und Massen müßten in gegenseitigem Vertrauen zusammen arbeiten, was leider sehr oft nicht möglich sei. Zu unserer Leitung wäre Vertrauen vorhanden. Bemerkenswert für mich war die Feststellung, daß sich bei allen Rednern, wie ein roter Faden in ihren Ausführungen der Wunsch nach Einigung in der Arbeiterbewegung stark bemerkbar machte. Ferner wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die dort noch sehr im argen liegenden Organisationsverhältnisse durch energisch zu betreibende Kleinarbeit (Hausagitation und Betriebsversammlungen) wieder gebessert werden müßten. Beschwerden wurden nicht vorgebracht. Gewünscht wird Wiedereinführung der Lieferung der „Graphischen Presse“ wie früher. Tariflich: Wiederherstellung der reinen achtstündigen Arbeitszeit unter Beseitigung der Überstundenklausel sowie auch Beseitigung der Lehrlingsklausel. Über Leistungslohn oder Tariflohn waren die Ansichten geteilt.

Aschersleben. Besuch gut. Der gewerkschaftliche Geist scheint ein sehr guter zu sein. Dem Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion, an der sich zwar nur wenige Kollegen beteiligten, bewegte sich durchweg in zustim-

nehmendem Sinne und stand auf einer angenehmen berührenden geistigen Höhe. Auch hier schloß sich die Versammlung einstimmig der Leipziger Resolution an, im übrigen wurden dieselben Wünsche vorgebracht wie die unter vorgenannten Orten benannten. Gewünscht wird weiter weitgehendste Unterstützung der Kleinstädte in ihrem Bestreben der technischen Weiterbildung, durch Technische Zentrale und Gauleitungen.

Halberstadt, Versammlung 30 Kollegen. Verbandsinteresse scheinbar sehr rege. Referat mit viel Interesse aufgenommen. Diskussion wurde leider nur über tarifliche Fragen geführt. Zu den übrigen großen Problemen wurde Einverständnis bekundet. Über tarifliche Dinge wurden eine ganze Reihe Fragen gestellt, die beantwortet, Klarheit geschaffen und Belriedigung gebracht. Stimmung über Leistungs- oder Tariflohn geteilt. Beschwerden nicht, Wünsche wie in den vorgenannten Orten. Leipziger Resolution einstimmig angeschlossen.

Einbeck. Kollegenschaft vollzählig erschienen, außerdem das gesamte Hilfspersonal im Formenstich. Referat mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Diskussion war, wie bei Formstechern üblich, sehr lebhaft, wenn auch nicht so tiefgründig. Im Vordergrund der Erörterung die im Referat angeführten Wirtschafts- und Gewerkschaftsfragen. Einmütige Zustimmung und Unterstreichen des Gesagten. Alle Kräfte müßten angespannt werden, um eine wirkliche Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen, um dann auch eine gerechte, alle Volkskreise befriedigende Lösung des Produktionsproblems zu finden. Starke Unterstützung der Anregung der „Graphischen Presse“ den Kampffonds zu stärken, einstimmige Annahme der Leipziger Resolution.

Im Ganzen genommen kann diese Versammlung als eine glänzend gelungene Propagandaveranstaltung gewerkschaftlicher Erziehung bezeichnet werden, denn den vielen anwesenden jungen Kollegen wurde manch schönes und auch zu Herzen gehendes Wort zur Ermahnung von den älteren und gewerkschaftlich erfahreneren Kollegen mit auf den Weg gegeben.

Beschwerden wurden nicht erhoben, gewünscht jedoch wie überall, die Wiederrückführung der „Graphischen Presse“ wie früher.

Braunschweig. Die sehr gut besuchte Versammlung nahm Referat mit starkem Beifall auf. An der recht lebhaften Debatte, die in zumeist zustimmendem Sinne zu den ganzen Fragen stand, beteiligten sich eine ganze Anzahl Kollegen. Insbesondere wurde gewünscht, daß der Aus- und Aufbau der Arbeiterbildungsstätten wieder mehr Beachtung wie in den letzten Jahren geschenkt würde. Auch die Bestrebungen der technischen Berufs-Weiterbildungsveranstaltungen, Wanderausstellungen usw., wurden lebhaft begrüßt und die Bildung einer technischen Vereinigung als besonderen Punkt für die nächste Mitgliederversammlung vorgesehn.

Gewünscht wurde auch hier Wiedereinführung des Obligatoriums der „Graphischen Presse“. Wiedererringung des reinen Achtstundentages und noch eine Reihe tariflicher Forderungen, die aber als Anträge zur Tarifrevision eingereicht werden sollen. Die Versammlung verlief auch hier außerordentlich anregend. Die Leipziger Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Th. Mittendorf, Frankfurt a. M.

In den Versammlungen in **Crimmitschau, Gera, Glauchau, Reichenbach mit Greiz und Plauen, Saalfeld und Zwickau** referierte Kollege **Lange** (Berlin). Neue Mitglieder sind in diesen Mitgliedschaften nicht zu gewinnen. In allen diesen Orten, einschließlich der dazu gehörenden Nebenorte, sind die beschäftigten Kollegen erfreulicherweise restlos organisiert. Nur in Greiz stehen drei Kollegen der Organisation fern, die auch schwerlich zu gewinnen sein werden. Der Versammlungsbesuch war überall ein recht guter. Die Ortsvorstände hatten alles getan, die Kollegen auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen. Nur in Gera und Saalfeld wohnten viele Kollegen auswärts, von denen infolgedessen mancher am Erscheinen verhindert war. Trotzdem waren in Saalfeld, wo die Versammlung an einem Wochentage stattfand, einige Kollegen von Rudolstadt anwesend. In Reichenbach fand die Versammlung am Sonntagvormittag statt. Hier waren auch die Kollegen der Mitgliedschaften Greiz und Plauen gut vertreten.

Die Ausführungen des Referenten wurden überall mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und sehr gut aufgenommen. Die Aussprache über das Referat war in allen Orten recht rege. Die Kollegen zeigten volles Verständnis für die von unserm Verbands zu lösenden Aufgaben. Die technische Entwicklung in unsern B. rufen wurde eingehend besprochen und anerkannt, daß alles getan werden müsse, alle Kollegen mit den technischen Neuerungen bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke sind schon in einigen Mitgliedschaften Technische Vereinigungen gegründet worden. In den übrigen soll dieses noch geschehen. Dabei erteilt die von unserm Verbands herausgegebene „Graphische Technik“ manch schönes Wort der Anerkennung und es wird gehofft, daß diese noch weiter ausgebaut

wird. Auch Wanderausstellungen werden von unserer Technischen Zentrale gewünscht. Viele Kollegen versprochen, in ihren Mustersammlungen nachzusehen und der Technischen Zentrale Material zuzuführen. Einstimmig war man überall davon überzeugt, daß — wenn wir das Ausland wieder erobern wollen — dieses nur mit bester Qualitätsarbeit geschehen kann. Der *Offseistreit* mit den Buchdruckern wurde auch überall besprochen und die Meinung vertreten, daß an den zur Zeit bestehenden Richtlinien unbedingt festgehalten werden muß. Die Protokollerklärung der Buchdrucker bei ihren kürzlichen Tarifverhandlungen zu § 15, daß zwischen den Buchdruckern und -gehilfen Übereinstimmung besteht, daß die Bedienung von Offsetmaschinen durch Buchdrucker erfolgen kann, wurde als eine sehr unkollegiale und ungewerkschaftliche Handlung der Buchdrucker bezeichnet. Unsere Verbandsleitung wurde aufgefordert, gegen diese Stellung der Buchdrucker energisch Protest einzulegen. Ebenso wurde von vielen Seiten darauf hingewiesen, daß es nur am Berufsdünkel und an den Führern der Buchdrucker liege, daß es mit der Schaffung eines *graphischen Einheitsverbandes* noch nicht vorwärts gegangen ist. Sehr kritisiert wurde auch, daß die Buchdrucker das Einheitsstatut noch nicht eingeführt haben, sondern nur unser Verband allein und daß die Buchdrucker sich sogar jetzt ein eigenes Verbandshaus bauen, anstatt diese Gelegenheit zu benutzen, ein Verbandshaus für alle vier graphischen Verbände zu bauen.

Weil wir auf uns allein angewiesen sind, soll alles getan werden, die Geschlossenheit der Kollegen zu erhalten. Überall wurde versprochen, alles zu unterstützen, was in dieser Richtung von der Verbandsleitung getan wird. Die mitunter noch auftretende kommunistische Einstellung der Kollegen in den Versammlungen dürfe nicht zur Zersplitterung führen, sondern es soll nur praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. An dem *achtstündigen Arbeitstag* soll energisch festgehalten werden und bei den kommenden Tarifverhandlungen im Stein- und Druckmüsse die Bestimmung über die fünf Pflichtüberstunden in der Woche wieder verschwinden, selbst, wenn es dadurch zu einem Kampf komme. Es wurde deshalb in allen Versammlungen einstimmig eine Entschließung angenommen, daß zur *Stärkung des Kampffonds* ab 29. März 1925 der Beitrag um 30 Pf. die Woche erhöht werden soll. Nur in Reichenbach fand sich eine Stimme, die gegen diese Beitragserhöhung war. Dieser Kollege erklärte aber, daß er sich der Majorität selbstverständlich fügen werde. Dieser einstimmige Beschluß in allen diesen Versammlungen ist um so höher zu bewerten, als in einer Mitgliedschaft in der vorhergehenden Versammlung ein Beschluß gegen jede Beitragserhöhung gefaßt war. Auch in einer anderen Mitgliedschaft war in einer früheren Versammlung beschlossen, einer Beitragserhöhung nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß die „Graphische Presse“ zusammen mit der „Graphischen Technik“ wieder kostenlos vom Verbands geliefert würde. Diese beiden Versammlungsbeschlüsse wurden zugunsten der oben genannten Entschließung zurückgezogen. Natürlich wurde es überall als wünschenswert erachtet, wenn die „Graphische Presse“ und die „Graphische Technik“ wieder vom Verbands geliefert werden könnte. Durch die Ausführungen des Referenten, daß die Verbandskasse dieses zur Zeit noch nicht tragen könnte, ist man mit dem Einzelabonnement bis zum nächsten Verbandstag einverstanden, von dem aber gewünscht wird, daß er das Obligatorium wieder einführt. In den meisten dieser Mitgliedschaften wird die „Graphische Presse“ den Kollegen aus der Lokalkasse geliefert. — Alles in allem kann gesagt werden, daß diese Versammlungen den auf sie gestellten Erwartungen in der besten Weise entsprochen haben und fast überall kam zum Ausdruck, daß sich solche Versammlungen öfters wiederholen möchten, um die Einheit und Kampfbereitschaft unseres Verbandes zu erhalten und zu stärken.

Der Verlauf der Versammlungen in **Glogau, Altenburg, Leipzig, Weimar, Erfurt, Gotha, Kassel und Wanfried**, in welchen Kollege **Hoffmann** (Berlin) sprach, und die durchgängig gut besucht waren, zeigte, daß neuer Mut und fester Wille zum Wiederaufbau und Weiterausbau des Verbandes in den Kollegenkreisen vorhanden ist. „Der Verband muß des öfteren solche Versammlungen veranstalten!“ so und ähnlich klang es aus den Reden der Diskussionsredner und der Beifall und die Begeisterung am Schlusse der Versammlungen bewies, daß der alte gewerkschaftliche Kampfgeist in unserem Verbands noch vorhanden ist. Im Referat zeigte Kollege Hoffmann die Situation auf, mit welcher die Gewerkschaften und insbesondere unser Verband zu rechnen hat, und ferner, wie nur eine Arbeiterschaft, besetzt von einheitlichem Willen und dabei gestützt auf finanziell starke Gewerkschaften in der Lage sein wird, den Kampf um gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich zu bestehen. An der Hand von amerikanischen Drucksachen und

Kenntnis der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe, war Redner in der Lage, den Kollegen die technische Entwicklung mit ihrer Auswirkung auf das deutsche Steinruckgewerbe zu schildern. Schon immer und heute, infolge der erschwerten Konkurrenzverhältnisse noch viel stärker, wünscht das Unternehmertum unseres Gewerbes die amerikanischen Arbeitsmethoden zur Einführung zu bringen, um amerikanische Quantitäten mit schlesischen Löhnen in deutscher Qualität auf den Weltmarkt zu bringen. Für die technische Entwicklung, aber gegen das amerikanische Ausbeutungssystem, muß unsere Parole sein. In der Diskussion, die, abgesehen von einem Fall, wo man sich von den seit Jahren üblichen Phrasen nicht frei machen konnte (da es leichter ist die Vergangenheit zu kritisieren und zu beklagen, als für die Zukunft eine gesunde Grundlage für dauernde Erfolge zu schaffen), wurde einmütig das unterstrichen, was ausgeführt worden war. Wiederherstellen und festhalten am uneingeschränkten Achtstundentag, Wiederaufbau und Weiterausbau der sozialen Einrichtungen des Verbandes, Wiedereinführung des Obligatoriums der „Graphischen Presse“, Weiterausbau der „Graphischen Technik“ war die Grundstimmung in allen Versammlungen. Dafür erklärten sich die Kollegen in allen Versammlungen auch bereit, jede Beitragserhöhung, die zur Durchführung der Aufgaben des Verbandes notwendig ist, gern zu tragen. Die Versammlungen bedeuten einen vollen Erfolg für den Verband.

Die Versammlungen in **Burgstädt, Limbach, Chemnitz, Annaberg, Schlettau, Dresden, Niedersiedlitz, Heidenau, Meißen und Bautzen** nahmen sämtlich einen anregenden Verlauf. Die sehr stark besuchte Versammlung in Dresden beschäftigte sich ausschließlich mit technischen Dingen. Eine gleiche Versammlung fand neben der eigentlichen gewerkschaftlichen Beratung ebenfalls in Bautzen statt. In den Versammlungen nahmen die Kollegen zu beinahe allen den Verband bewegenden Fragen Stellung. Es wurde begrüßt, daß den Kollegen Einblick in unser gewerkschaftliches Leben gegeben wurde. Dabei trat allenthalben der Wunsch zutage, derartige Versammlungen öfters zu halten. In Chemnitz spielte der Industrieverband eine besondere Rolle. Ein anwesender Buchdrucker wandte sich sehr lebhaft gegen die Haltung seines Verbandes. Weiter wünschten die Chemnitzer Kollegen die Veranstaltung eines technischen Vortrages, zu dem die Mitgliedschaften Burgstädt, Limbach, Annaberg und Schlettau hinzugezogen werden sollen. Das Interesse für die technischen Veränderungen im Gewerbe ist allenthalben ein sehr reges. Der Besuch der Versammlungen zeigte aber auch, daß das alte Interesse für wirtschaftliche Dinge in unserm Kollegenkreise noch vorhanden ist. Die hinter uns liegenden ungünstigen Jahre haben nicht vermocht, den guten gewerkschaftlichen Geist der Verbandsmitglieder zu schwächen. Die Kollegen betonten die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung und waren zum Teil bereit, noch über das geforderte Maß hinauszugehen. Ich fand auch überall Verständnis dafür, daß die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse gesteigerte Bildungsbestrebungen auslösen müssen, da nur der die Zusammenhänge Erkennende sich zurecht finden kann. Im ganzen genommen kann ich mit Befriedigung auf die acht Versammlungen zurückblicken. Den Kollegen wurden einige Anregungen vermittelt und sie versprochen, im Sinne meiner Ausführungen auch weiterhin ihren Mann zu stellen.

Ernst Herbst, Berlin.

In **Ratibor und Gleiwitz** sah Kollege **Ubrich** (Breslau), nach dem Rechten. Die Organisation war hier recht locker. Aber es hat nur eines energischen Anstoßes bedurft, um auch hier wieder das alte gute Organisationsverhältnis herzustellen. Der Gauvorort wird weiteres tun, um eine enge Verbindung zwischen den Kollegen herzustellen. Der Mitgliederzahl angemessen war die Versammlung in Gleiwitz gut besucht, die der Leipziger Entschließung zustimmte.

In den Mitgliedschaften **Frankfurt a. d. O.** und **Neuruppin** referierte Kollege **H. Ronner** (Berlin). Die Ausführungen des Referenten fanden Beifall. In der Aussprache wurde dem Verbandsvorstand volles Vertrauen zugesichert und erwartet, daß der Verbandsvorstand die Interessen der Kollegen auch in Zukunft in alter Weise mit allem Nachdruck vertritt. Auch die Tarifpolitik wurde gutgeheißen. In Frankfurt a. d. O. wurde besonders die Frage Leistungslohn-Tariflohn besprochen und das Thema Großstadt-Provinz abgehandelt. Ursache dazu waren die zurückgebliebenen Löhne. Da der Schutzverband rückständige Löhne nicht schützen will, findet er hier ein Feld der Betätigung. Anregung dazu ist ihm inzwischen geworden.

Reges Interesse fanden auch in beiden Versammlungen die Darlegungen über die technische Entwicklung, deren neueste Ergebnisse durch Anschauungsmaterial belegt waren. Wiederholt wurde der Wunsch laut, technische Neuerungen zum Gegenstand der Aussprache in den Mitgliederversammlungen zu machen und der Tech-

nischen Zentrale wurde nahegelegt, für entsprechendes Anschauungsmaterial zu sorgen. Man erkannte an, daß auch die Provinz gegen technische Neuerungen nicht gefeit sei und jeder Kollege im Eigeninteresse gut tue, der technischen Entwicklung zu folgen.

Eine Erhöhung des Verbandsbeitrages wurde von beiden Mitgliedschaften als notwendig anerkannt. Während die Kollegen von Frankfurt a. d. O. zum Ausdruck brachten, daß der Verbandsvorstand am besten wissen müsse, was zu geschehen habe, um als Organisation schlagkräftig zu sein und die Entscheidungen des Verbandsvorstandes anerkannt würde, beschloßen die Neurrupiner Kollegen einstimmig, einen um 30 Pfg. erhöhten Wochenverbandsbeitrag vom Verbandsvorstand zu verlangen und ihm zu prüfen und zu entscheiden überlassen, inwieweit dadurch bei entsprechender Stärkung der Kampfkasse eine Aufbesserung der Unterstützungssätze möglich sei. Das Obligatorium des Verbandsorgans wurde in beiden Versammlungen gefordert, jedoch der Einwand, diese Entscheidung dem Kölner Verbandstag zu überlassen, als berechtigt anerkannt. Dabei fand die Haltung der Schriftleitung des Verbandsorgans volle Billigung. Dem Verbandsvorstand, dem die Kollegen volles Vertrauen entgegenbringen, wurde nahe gelegt, zu gegebener Zeit in ähnlicher Art die Gesamtkollegenschaft über die Aufgaben und Taktik des Verbandes in der Zukunft zu informieren.

Die vergangenen Jahre hatten überall durch die wirtschaftliche Not Verhältnisse hervorgeufen, die sich auf allen Gebieten des Lebens auswirkten. In dieser Not und Sorge war es menschlich begreiflich, daß man alle großen Zusammenhänge der Ereignisse vergaß und sich in seinem Unmut an einzelne Instanzen und Einrichtungen kritisch wandte, die auch nur ein Glied der Gesamtheit waren und als Einzelercheinung gar nicht in Frage waren, die Verhältnisse zu meistern. In dieser Zeit der schlimmsten Inflation machten auch die Gewerkschaften die kritischste Periode in ihrem Dasein durch. Tut man diesen Rückblick und bringt ihn in Verbindung mit der von unserer Organisation veranstalteten Versammlungswoche, so bedeutet diese ohne Zweifel ein Ereignis für beide Teile, für die Kollegen wie für die Funktionäre. Überall und vorwiegend in den kleinen Zahlstellen Schlesiens war das regste Interesse vorhanden. Dieses zeigte der in den meisten Fällen vollzählige Versammlungsbesuch. Aber nicht nur der Besuch der Versammlungen, sondern auch die eingehenden Diskussionen bewiesen, daß die Kollegenschaft die Notwendigkeit des Zusammenschlusses genau wie früher als die einzigste Möglichkeit für ein Vorwärtskommen ansehen. So fanden überall die Ausführung des Referenten Anerkennung, wenn er betonte, daß wir im letzten Jahre Erfolge zu veruchen haben, ist nicht das Werk einzelner, sondern das Werk einer Gesamtheit. Den Erfolg verdanken wir unserer moralischen Stärke, die in der Inflationszeit uns nicht verloren ging. Ethische Momente erhöhen gewiß die Kraft einer Bewegung, sie kann uns aber nur zur vollen Höhe führen, wenn wir — die reale Seite — die finanzielle Kraft unserer Organisation, ausbauen und stärken. So stand man in fast allen Zahlstellen auf diesem Standpunkt und war sich darüber einig, daß eine Erhöhung des Verbandsbeitrages eintreten muß. Aber auch die Aussprache ergab, daß die große Mehrheit der Kollegen mit der Arbeit und den Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden waren.

Meine Tour führte mich zuerst nach *Altwasser, Hof-Göhlenau* und *Neurode*. In allen drei Versammlungen ergab sich eine allgemeine Zustimmung über die Tätigkeit, die im letzten Jahre geleistet wurde. Im Zusammenhange damit wurde gewünscht, daß von den leitenden Instanzen sich recht oft jemand in dem dunklen Winkel Schlesiens sehen lassen möchte, um durch Aufklärung und bessere Verbindung mit den Kollegen sie in ihrem Kampfe wirksam unterstützen zu können; ist doch gerade der Kontakt mit den Unternehmern Schlesiens ein sehr schwieriger. Besonders sprach man sich über die Verhältnisse der Keramischen Branche aus, mit dem Wunsche, daß der Verbandsvorstand seine besondere Aufmerksamkeit dieser einmal widme, da ein großer Teil dieser Unternehmer auf dem Standpunkt stehe, die Steindruckerei und Lithographen niedriger bezahlen zu können, als die Kollegenschaft der anderen Betriebe. Die Zahlstelle *Altwasser* stellte noch den Antrag, der Verbandsvorstand möge sich einmal damit beschäftigen, ob es nicht möglich sei, das Obligatorium für die „Graphische Presse“ wieder einzuführen. In allen drei Versammlungen kam ferner noch zum Ausdruck, ob es nicht möglich sei, einen besoldeten Gauleiter für den Gau Schlesiens anzustellen.

So zeigte sich auch in den Versammlungen von *Breslau, Wurzen* und *Nerchau* dieselbe einheitliche Auffassung der Kollegenschaft über die Verbandsstätigkeit wie in den vorangegangenen Versammlungen. Die Diskussion in *Breslau*

brachte neben einer allgemeinen sachlichen Aussprache nochmals die Verhältnisse Schlesiens, wie oben geschildert, zur Sprache. Ohne ein Wort der Diskussion stimmte man der Erhöhung des Verbandsbeitrages zu. *O. Winkler.*

Die Versammlungswoche war nach meinen Beobachtungen für die Kollegen ein Ereignis; für den Verband und seine Körperschaften ein großer Erfolg. Die letzte ähnliche Veranstaltung liegt schon Jahre zurück. Es war deshalb ein Wagnis, die Kollegen in einer Woche zu einer großen Aussprache zusammen zu rufen. Der Austausch der Gauleiter als Referenten in anderen Gauen hat sich als geeignet erwiesen, was die vielen Zustimmungen bezeugen.

Das Ergebnis der Aussprache der Kollegenschaft in der Versammlungswoche kann man ungefähr so zusammen fassen: Die Aussprache über die gewerkschaftlichen Probleme der Zeit regte das Interesse aller Kollegen an; einmütig und geschlossen sind die Kollegen bereit, die Stärkung des Kampffonds des Verbandes vorzunehmen und einer Beitragserhöhung zuzustimmen. Daß dies ohne Urabstimmung erreicht wurde, rechtfertigt die Kosten, die dem Verbands durch die Versammlungen erwachsen sind.

Ich lernte die Ansicht der Kollegen in folgenden Städten kennen: *Magdeburg, Hildesheim, Hannover, Brandenburg* und *Stettin*. Der Besuch der Versammlungen war ein guter. In *Hildesheim, Brandenburg* und *Stettin* fehlten nur wenige Kollegen. In den beiden Großstädten mit den größeren Entfernungen und vielseitigeren Interessen der Mitglieder war der Besuch prozentual etwas geringer; immerhin war die weitaus größere Hälfte der Mitglieder anwesend.

In allen Städten wurde der Vortrag eingehend debattiert. Besonders erfreulich war die ruhige Sachlichkeit und die Anerkennung, die dem Verbandsvorstand für seine zielbewußte und taktische Stellungnahme ausgesprochen wurde. Über die Darlegungen, die die finanzielle Lage des Verbandes behandelten, wurde in allen Versammlungen am eifrigsten gesprochen. Überall herrschte die einmütige Ansicht, sofort operbereit in die Bresche zu springen. Das wurde durch einstimmige Annahme einer Resolution zum Ausdruck gebracht die den Verbandsvorstand bevollmächtigte, 30 Pfg. Beitragserhöhung ohne Urabstimmung anzuordnen. Es wurde verlangt, daß diese Mehreinnahme in erster Linie zur Stärkung des Kampffonds Verwendung finden soll. Nebenbei wurde aber auch der Wunsch laut, möglichst bald das Obligatorium der „Graphischen Presse“ wieder einzuführen und auch die wichtigsten Unterstützungen zeitgemäß zu erhöhen. Einzelne Redner verlangten, daß keinerlei Erhöhung der Unterstützungen stattfinden soll.

Die Kollegen schätzten im allgemeinen die Situation sehr richtig ein. Sie wixsen aus Erfahrung zu genau, was aus dem Achtstundentag und unseren Tarifpositionen wird, wenn nicht neben zielbewußter Führung, allgemeiner vorbildlicher Solidarität auch noch gefüllte Kassen zur Verfügung stehen.

In zweiter Linie standen bei der Aussprache die Entwicklung der Technik und die Berufsinteressen zur Erörterung. Es wurde gewünscht, daß die Technische Zentrale bald noch wirksamer arbeiten könne, um in zäher andauernder Arbeit an der beruflichen Fortbildung der Kollegen mitzuwirken. Besondere Erwähnung fand dabei die Erziehung der Jugend.

Über Industrieverband und Offsetstreit wurde weniger gesprochen. Auch hier wurde die Stellung des Verbandsvorstandes gebilligt. In einem Ort verirrte sich die Debatte auch in das politische Gebiet.

Besonders wurde dann noch das Lohnproblem und die Unterschiedlichkeit der Löhne in Deutschland besprochen. Die Kollegen in größeren Städten fürchten bei Wiederherstellung der Freizügigkeit einen überaus starken Zugang, und auch, daß die Konkurrenz der Unternehmer untereinander nachteilig auf das Gewerbe wirken könne. Alles in allem kann ich sagen, daß die Abhaltung der Versammlungen ein Genuß war. Sie vermittelten nicht nur die Ansichten der Kollegenschaft, sondern sie waren auch geeignet, das Vertrauen zur Führung des Verbandes zu befestigen. *Joh. Haß, Berlin.*

Auf dem Wege zur Anerkennung eines Streikrechts.

Von *Heinz Potthoff.*

Wenn auch das neue Arbeitsrecht sich auf dem Kollektivprinzip aufbaut, die Regelung der Arbeitsbedingungen von den Parteien des einzelnen Arbeitsvertrages auf die Organisation überträgt, den Tarifnormen zwingende Kraft beilegt, in ihrem Rahmen den Arbeitsordnungen und sonstigen Betriebsvereinbarungen bindende Normenwirkung verleiht und damit den Gewerkschaften starke Macht über die Arbeitsbedingungen der Mitglieder gibt, so hat diese Neuordnung doch noch Halt gemacht an dem

Punkte, an dem die Wirtschaftspraxis das Kollektivprinzip zu allererst in Anwendung gebracht hat: beim organisierten Arbeitskämpfe. § 152 der Gewerbeordnung von 1869 und dann allgemein das Vereinsgesetz von 1908 haben die Verbote und Strafandrohungen für gemeinsames Vorgehen in Lohnkämpfen aufgehoben. Vereinigungen sowohl wie Verabredungen von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern zu gemeinsamer Beeinflussung der Arbeitsbedingungen sind erlaubt, sind weder strafbar noch verstoßen sie an sich gegen gute Sitte. Es ist Kampffreiheit gegeben. Aber damit erschöpfte sich die rechtliche Regelung: sie war nur negativ.

Daran hat sich nach der allgemein herrschenden Auffassung auch durch die Reichsverfassung von Weimar nichts geändert. Wenn diese dreimal am schärfsten in Artikel 159, „die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet“ und „alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einuschränken oder zu behindern suchen“ für „rechtswidrig“ erklärt, so ist damit an dem bisherigen Rechtszustande nichts geändert.

Die Arbeiter und Angestellten (ebenso die Beamten) dürfen sich zu Gemeinschaften zusammenschließen, dürfen gemeinsam um Erhöhung der Löhne oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen kämpfen. Aber jeder einzelne darf auch innerhalb der Verabredung nur das tun, was er auch ohne diese Vereinbarung allein tun dürfte. Das heißt: gewerkschaftliches Handeln entbindet nicht von den Pflichten des Arbeitsvertrages. Für das Zivilrecht ist die Koalition und ihr gemeinschaftliches Vorgehen nicht vorhanden. Die Arbeitsniederlegung einer Belegschaft stellt sich dem Zivilrichter dar als tausend gleichgelagerte Einzelfälle von Arbeitsniederlegung, von denen jeder nach den Bedingungen des einzelnen Arbeitsvertrages beurteilt wird.

Ein Streikrecht im eigentlichen Sinne gibt es also nicht, nur eine Streikbefugnis, von der jeder einzelne nur soweit Gebrauch machen kann, als es seine persönlichen Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis zulassen. Ordnungsmäßiger Streik ohne Rechtsverletzung ist also nur dadurch möglich, daß alle beteiligten Arbeitnehmer ihr Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig lösen. Rechtlich können daher mit sofortiger Wirkung nur Arbeiter in den Kampf treten, die durch Tarifvertrag, Arbeitsordnung oder Einzelvertrag jede Kündigungsfrist ausgeschlossen haben. Angestellte können nur streiken, indem sie mit Einhaltung der gesetzlichen oder vertraglichen Frist ihren Dienstvertrag kündigen, Beamte dürfen auch streiken, aber nur dadurch, daß sie alle ihre Entlassung aus dem Staatsdienste verlangen.

Die Bindung an lange Fristen nimmt dem Streik seine Wirkung: der Verzicht auf alle durch längere Dienstzeit erworbenen Rechte macht dieses Wagnis sehr groß. Schließlich ist der Zweck der Kampfhandlung ja auch gar nicht Beendigung, sondern Änderung des bestehenden Arbeitsvertrages. Man will gar nicht kündigen, sondern durch vorübergehende Verweigerung der Arbeitsleistung den Arbeitgeber zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nötigen. Die Verweigerung der Arbeit aber ist Verletzung der wichtigsten Pflicht aus dem Arbeitsverhältnis: sie gibt regelmäßig dem Arbeitgeber das Recht zur fristlosen Kündigung, dem Staate Grund zum Disziplinarverfahren gegen die Beamten.

Die Rechtslage ist also die: alle Arbeitnehmer haben die Streikbefugnis, sie können aber keinen Gebrauch davon machen, ohne den Arbeitsvertrag zu enden (was sie nicht wollen) oder ihn zu brechen, (was sie nicht dürfen) und damit den Vertragsgegnern einen Rechtsgrund zur Beendigung zu geben. Dieser widersinnige Rechtszustand hat dazu geführt, daß die Arbeitskämpfe meist neben dem Rechte ausgefochten werden, daß die Parteien sich herzlich wenig um die Rechtslage kümmern, daß der Friedensvertrag von den Machtverhältnissen und nicht vom Rechtsverhältnisse bestimmt wird.

Das muß natürlich als unbefriedigend empfunden werden. Neudrings versucht die Rechtsprechung, auf dem Wege der Auslegung des geltenden Rechtes, zu einer Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse zu kommen, also dem Kollektivhandeln der Gewerkschaft Einfluß auf die Vertragspflichten der einzelnen Mitglieder einzuräumen: Zwei Wege bieten sich; beide sind beschritten worden:

Dem Vertragsbruch beim Streike geht man aus dem Wege, wenn man die Kampfpole der Gewerkschaft als wichtigen Grund anerkennt, das zu fristloser Beendigung des Arbeitsverhältnisses (gemäß § 626 B. G. B.) berechtigt. Das hat besondere Bedeutung für die Angestellten, die fast ausschließlich mit Kündigungsfrist von mindestens einem Monat angestellt sind.

Die Lösung aus wichtigem Grunde ist praktisch ein bedeutsamer Ausweg, wenn sie auch mit den formalen Absichten der Kämpfenden nicht übereinstimmt. Sachgemäßer und einfacher ist der andere Weg, daß dem Angestellten das Recht zugebilligt wird, auf Anordnung der Ge-

werkschaft seine Arbeitsleistung vorübergehend zu verweigern, ohne den Arbeitsvertrag zu lösen. Diesen Weg hat das Landgericht Frankfurt a. M. beschritten in einem erst jetzt veröffentlichten Urteil vom 20. 7. 23 (Akt. Z. 2 S. 391/2), indem es dem Unternehmer das Recht abspricht, einen Handlungsgehilfen wegen Teilnahme an einem Streik auf Grund des § 72 H. G. B. fristlos zu entlassen. Es heißt in der Begründung: „Allerdings stellt nach § 72 H. G. B. beharrliche Dienstverweigerung einen wichtigen Kündigungsgrund dar. Eine Dienstverweigerung kann aber nicht einem Angestellten verübt werden, wenn diese in Erfüllung höherer Pflichten ihren Grund hat. Wenn der Kläger in Gemeinschaft mit den anderen Angestellten sich dem Streikbeschluß seiner Organisation gefügt hat, so hat er damit lediglich ein anerkanntes Mittel im Wirtschaftskampf durch seine Teilnahme unterstützt.“

Dieses Urteil wird ganz sicher allgemein, scharfem Widerspruch unter den Juristen begegnen, der sich nicht dadurch abschwächt, daß man sich mit dem Gedanken vertraut macht, den gleichen Grundsatz nun auch bei der Aussperrung durch Unternehmer gelten zu lassen. Denn es wird hier tatsächlich eine neue Theorie aufgestellt, welche die bisher allgemein anerkannte Anschauung über den Haufen wirft. Das ändert aber nichts an der Bedeutung des Urteils als einem ersten Schritt auf dem Wege, der allein uns aus dem gegenwärtigen Zustande des üblichen, ja man kann fast sagen, des notwendigen Vertragsbruchs bei Arbeitskämpfen herausführt. Allerdings bedarf der in dem Urteil ausgesprochene Grundsatz einer bedeutsamen Einschränkung dahin, daß nicht jede Kampfhandlung einer Gesamtheit den einzelnen Angestellten von seinen Vertragspflichten entbinden kann, sondern nur als ein vom Recht als ordnungsmäßig anerkannter Beschluß der zuständigen Gewerkschaft. Also weder der sogenannte wilde Streik, noch der frivole, der vom Zaun gebrochene, darf diese Rechtswirkung heben. Sondern Voraussetzung müßte sein, daß alle Mittel friedlicher Regelung des Streikes auf dem vom Recht gewiesenen Wege erschöpft sind. Also etwa: wenn die Gewerkschaft nach Scheitern der Verhandlungen den Schlichtungsausschuß angerufen

und einen ihr günstigen Schiedsspruch erzielt hat; wenn dieser von den Gegenparteien abgelehnt wird und nun entweder die Verbindlichkeitserklärung nicht erfolgt oder die Staatsmacht außer Stande ist, den für verbindlich erklärten Schiedsspruch tatsächlich durchzuführen, dann und nur dann müßte die Gewerkschaft zu „ordnungsmäßigem“, zu „gerechtem“ Kampfe aufrufen dürfen, und nur ein solcher Aufruf könnte die Wirkung haben, daß der Angestellte die Arbeit, zu der ihn sein Vertrag verpflichtet, verweigern dürfte, ohne daß er als vertragsbrüchig gelte und vom Unternehmer fristlos entlassen werden könnte.

Auch gegen diese Lösung, die ich seit einer Reihe von Jahren vertritt, werden sicher von den verschiedensten Seiten ernste Bedenken erhoben werden. Das Problem ist schwierig. Aber aus dem jetzigen Zustande müssen wir doch herauskommen suchen. Und da ist der dem Arbeitsrechte und der Verfassung entsprechende Weg der, daß die Gewerkschaft Macht über die Vertragspflichten der Mitglieder bekommt, damit aber auch die ganze Verantwortung für die Kampfhandlung übernimmt.

Bekanntmachungen.

Der Tarifausschuß für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker hat in seiner Sitzung vom 25. Februar 1925 in Leipzig bezüglich des Eintritts von Gehilfen in neugegründete Anstalten folgenden Beschluß gefaßt: Gehilfen dürfen in eine neu gegründete Anstalt erst eintreten, wenn die Firmeninhaber zuvor den Tarif unterschriftlich anerkannt haben. Daraus entsteht für die Gehilfen die Verpflichtung, sich vor Abschluß eines Engagements in einer solchen Anstalt bei dem Orts- oder Kreisvertreter zu erkundigen, ob die neugegründete Anstalt durch das Tarifamt für tarifrett erklärt worden ist. Durch die Unterlassung dieser Verpflichtung setzt sich jeder Gehilfe der Gefahr aus, selbst für tarifrett erklärt zu werden. Bewußte Nichtbeachtung des Tarifausschußbeschlusses zieht den Ausschuß aus dem Verbandsverbande nach sich.

Verschiedene Mitgliedschaften haben von der Versammlung während der Werbeweche einen Bericht zur Veröffentlichung im Verbandsorgan eingesandt. Da mit der Gesamtbereitschaft alle Kollegen Genüge getan sein dürfte, erübrigt sich der Abdruck dieser Mitgliedschaftsberichte, was wir bitten zur Kenntnis zu nehmen.

Verbandsvorstand und Schriftleitung.

Adressen-Änderungen.

- 1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler, siehe „Gr. Pr.“ Nr. 7.
- Zur Beachtung!** Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Verbandsvorstand der Lithographen und Steindruckere, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88III, zu berichten.
- Berlin:** Kupferdr.: M. Fiebigler, Britz b. Berlin, Pintsch-Allee 35, I.
- Beitheim (Würtbg.):** Ludwig Lorenz, Hillerstraße 21.
- Chemnitz:** Lith. u. Strdr.: Arthur Freudemann, Amalienstr. 52, III.
- Essen a. d. Ruhr:** Emil Westkamp, Planckstr. 121
- Heidenheim a. d. Brenz:** gehört zur Mitgliedschaft Stuttgart.
- Köln a. Rh.:** Chemigr.: Hubert Lynen, Venloerstraße 217, bei Ww. Knapp.
- Stuttgart:** für alle Branchen: Otto Seiz, Jakobstraße 6.
- Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe.**
- Gehilfenvors.:** Paul Lange, Berlin, Hauptbureau.
- Arbeitsnachweise der Chemigraphen, Kupfer-, Tief- und Lichtdrucker.**
- Stuttgart:** Erwin Arnold, Stuttgart, Römerstr. 4.
- Internationale Adressen:**
- Osterreich:**
- Osterreichischer Senefelder-Bund:**
- Zentralvorstand:** K. Mühlberger, Wien VII, Zieglergasse 25, I.
- Graz:** Franz Rumpler, Graz, Griesgasse 21 pfr.
- Innsbruck:** Rudolf Gottein, Innsbruck, Stafflerstraße 7.
- Kufstein:** Robert Schlögl, Kufstein, Sparghen 12.
- Linz:** Rich. Lachinger, Linz, Starhembergasse 45.

Erf. Merkantil-Lithographen
desgl. **Chromo-Lithographen**
sofort in gutbezahlte Dauerstellung gesucht.
Hugo Bestehorn, Magdeburg-Neustadt.

Mehrere tüchtige
Positivretuscheure und Farbätzer
1 Fräser, 1 Metallretuscheur sow. Andrucker
für Schwarz und Farben, stellen ein
Otto Eisner K.-G., Berlin S 42, Oranienstraße 140-42.

Tüchtiger
Offset-Maschinenmeister
in gutbezahlte Dauerstellung, per sofort gesucht, ebenso
Merkantil-Lithographen
Hugo Bestehorn, Magdeburg-Neustadt.

Zu möglichst sofortigem Antritt in dauernde Stellung werden gesucht:
1 Ia Farbätzer, 1 Autoätzer, 1 Kopierer für Zink und Stein, 1 Ia Maschinenretuscheur, 1 Chromolithograph, 1 Zeichner und 1 Xylograph.
Conrad Schönhals, Breslau.

Wir suchen zum sofortigen Antritt für Dauerstellung tüchtige
Retuscheure
Auto-Ätzer, Farb-Ätzer
Graph. Kunstanstalt Hinkel & Co., Inh. Poetzsch & Wilhelm
Leipzig-Schönefeld, Schmidt-Rühl-Straße 36.

Erster Offsetdrucker
von größerer, leistungsfähiger Anstalt gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Off. Angebote an
Graß, Barth & Comp., Breslau I.

Andrucker, Autoätzer, Reproduktions-Photographen u. Positivretuscheure
stellt sofort ein
Vereinigtes chemigraphische Kunstanstalten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstraße 12.

Mehrere tüchtige
Messingstecher
durch den Nachweis gesucht für dauernde Beschäftigung.
Carl Brinkmann, Formstecherei, Bramsche.

Jüngeren
Umdrucker
an selbständiges, sauberes Arbeiten erkrankt, sofort gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen an
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Gravur-Lithograph
für feine Arbeiten sucht
Selmar Bayer, Berlin, Reichenberger Str. 90.

Notenstecher
mit allen Arbeiten veriraat, gesucht.
Dr. Rokotnitz G. m. b. H., Berlin, Elisabeth-Ufer 28-29.

Tüchtiger
Metall-Retuscheur
sowie **Strich-Ätzer**
zum sofortigen Eintritt gesucht
Carl Brunotte, Düsseldorf, Kölner Str. 59

Positiv-Retuscheure
Auto-Ätzer
sofort gesucht. Hoher Lohn. Freie Eisenbahnfahrt, Zimmerbesorgung Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnforderungen und Eintrittstag an
Fr. Wllh. Ruhfus, Dortmund.

Retuscheur
zum sofortigen Eintritt für Tiefdruck-Negativ und Dispositiv-Retusche gesucht
Duisburger Generalanzeiger, Duisburg.

Langjähriger, erfahrener Chemigraphie-
Andrucker
für Mehrfarben u. feinsten Verläufen bietet sich als Qualitätsarbeiter an
F. Lücke, Berlin, Rigaer Str. 16.

Handwerker- und Kunstgewerbeschule Barmen
Werkstätten für Satz- und Buchdruck, Stein-, Zink- und Offsetdruck. Photomechanisches Atelier. Entwurfsklassen für Reklame und Buchschmuck.

Als Spezialität stelle ich
Formstecher-Werkzeuge
für Holz- und Messingstecher her.
Für jedes Vorschlagene übernehme ich volle Garantie

Wllh. Karlin, Eiberfeld
Flensburger Straße 3.

Schnellsteinschleifpräparat!
für Stein und Zink.
Enorme Arbeitszeitersparnis!
Ein großer Stein ist unter Garantie in 30 Minuten druckfertig.

Problemen Sie bitte sofort unser Präparat. Bei Autoographien und Korrekturen sind üble Umstände total abgeholfen. Kinderleichte Handhabung bei Stein und Zink. Probensendungen für Stein 16 M. für ca. 90 Steine oder 80 Zinkplatten ausreichend, angeben ob für Stein oder Zink. Verpackung und Porto frei jeder Station.
Lindner & Krzwell, Weigsdorf bei Zittau I. Sa.

Formstecher-Werkzeuge
fertigt an aus bestem englischen Stahl. Für jedes gelieferte Werkzeug wird volle Garantie geleistet.
Spezialität:
Vorschläge für Holz- und Messing-Feldler- und Sprengisen
Werkzeugschmid
Wilhelm Neveling
Eiberfeld, Oststraße 53.